



# INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE PUBLIKATIONEN

## ANKÜNDIGUNG

DENISE AVENAS  
Ökonomie und Politik in der  
Theorie Trotskis DM 3,20  
ERSCHEINT NOVEMBER '72

ERICH WOLLENBERG  
Als Rotarmist vor München  
Reportage aus der Münchner  
Bätererepublik DM 6,50  
ERSCHEINT DEZEMBER '72

GEORG JUNGCLAS  
Aus der Geschichte der  
deutschen Sektion der  
IV. Internationale DM 2,30  
ERSCHEINT NOVEMBER '72

PIERRE FRANK  
Die Geschichte der  
IV. Internationale  
ERSCHEINT JANUAR '72

## NEUAUFLAGEN

ERNEST MANDEL  
Friedliche Koexistenz und  
Weltrevolution DM 2,00  
Über die Bürokratie DM 2,00  
Lenin und das Problem des  
proletarischen Klassenbe-  
wußtseins/ Die Strategie  
der Übergangsforderungen  
DM 4,00

ISAAC DEUTSCHER /  
ERNEST MANDEL  
Der Maoismus DM 3,00

ISAAC DEUTSCHER  
Die sozialistische  
Konzeption vom Menschen  
DM 2,00

LEO SEDOV  
Rotbuch über den Moskauer  
Prozeß DM 4,00

### BESTELLISTE ANFORDERN

2 HAMBURG 13  
HOCHALLEE 21

## Georg Jungclas

### Aus der Geschichte der deutschen Sektion der IV. Internationale

## INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE PUBLIKATIONEN

2,30

Georg J u n c i a s

Aus der Geschichte der deutschen Sektion der  
IV. Internationale

1. Auflage            1. Tausend            November 1972

Copyright  
INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE PUBLIKATIONEN  
- Verlag, Vertrieb und Versand GmbH -  
D - 2000 Hamburg 15, Hochallee 21

Verlagsauslieferung für die Schweiz  
VERITAS - VERLAG  
CH - 8005 Zürich, Mattengasse 57



1938, im Schatten des herannahenden zweiten imperialistischen Weltkrieges, fand die Gründungskonferenz der IV. Internationale statt. Trotzki, der ein unerwüchtlicher Motor für die Gründung der neuen Internationale war und für den Gründungskongreß eine Anzahl wichtiger Dokumente schrieb, wie die Thesen "Die Vierte Internationale und der Krieg" und das "Übergangsprogramm", wußte, daß es in diesem Augenblick nicht gelinger würde, einen beträchtlichen Teil der Arbeiterbewegung für die Internationale zu gewinnen. Aber er wollte, daß die politische Kontinuität, die revolutionäre Theorie, verkörpert in einer wenn auch kleinen Organisation während des furchtbaren Weltgesetzens, das er voraussah und von dem niemand wissen konnte, welche überraschende Wendungen es nehmen würde, gewahrt bliebe. Er wußte aus Erfahrung, welchen ideologischen und praktisch-politischen Druck der Klassenfeind und die Apologeten des Stalinismus auf die kleine Schar von Revolutionären ausüben würde, die sich der "Linken Opposition" angeschlossen hatten, und daß sie diesem Druck ohne eine feste internationale Organisation nicht würden standhalten können. Allein der damaligen Entscheidung, die "Weltpartei der sozialistischen Revolution" - das ist der Name der IV. Internationale - zu schaffen, ist es zu verdanken, daß der gewaltigen Macht des sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus ein Damm entgegengesetzt werden konnte.

Im Juni 1940 fand die erste außerordentliche Konferenz der neuen Internationale statt, auf der 10 Sektionen vertreten waren. Dieser "Notkonferenz" legte Trotzki den Entwurf eines Manifestes mit dem Titel: "Der imperialistische Krieg und die Weltrevolution" vor, in dem noch einmal in prägnanter Form die Stellung der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg formuliert wurde.

Dieses umfangreiche Dokument, das zu den wichtigsten und grundlegenden der IV. Internationale gehört, wird demnächst in einer Neuausgabe zum ersten Mal der sozialistischen Öffentlichkeit in Deutschland zugänglich sein.

Ausgehend von den Impulsen dieses Manifestes erschien in Paris auf Initiative einer Genossen der deutschen Sektion der Internationale die einzige gedruckte Zeitschrift in deutscher Sprache im faschistisch besetzten Europa, die zur Verbrüderung mit den deutschen Arbeitern in Uniform aufrief. Dieses Blatt hieß: "Arbeiter und Soldat".

Durch einen Zufall kam die GeStaPo auf die Spur der Herausgeber. Zwei Genossinnen kamen in ein deutsches Konzentrationslager, nur eine von ihnen überlebte, die andere starb im Wahnsinn. Der deutsche Genosse Wiggelin wurde im Bois de Vincennes erschossen und für tot liegengelassen, aber von jemand noch "lebend" gefunden und in ein Hospital gebracht. Von dort aus wurde er der GeStaPo ausgeliefert und ein zweites Mal erschossen.

Während des Krieges kam es zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Auslandskomitee der Internationalen Kommunisten Deutschland (IKD war der Name der deutschen Sektion bis zum Anschluß an die U.A.P. im Jahre 1951) und der Internationale.

Im Jahre 1933 wurde das Auslandskomitee (A.K.) als offizielle Führung der deutschen Sektion anerkannt. Im Oktober 1941 erschien vom AK ein Dokument: "Drei Thesen". Die in diesem Dokument vertretenen Vorstellungen zeigen die tragische Degeneration von durch die Emigration demoralisierten Führungskräften.

Die hier vertretenen Vorstellungen unterschieden sich prinzipiell von den programmatischen Grundsätzen der Internationale. Die Verfasser der "Drei Thesen" vertieften später in zwei weiteren Dokumenten: "Sozialismus und Barbarei" und "Probleme der europäischen Revolution" ihre revisionistischen Auffassungen. *WCC*

Das AK setzte an die Stelle des Übergangs- und sozialistischen Programms der Internationale, die dem historischen Charakter unserer Epoche, einer Epoche der sozialistischen Revolutionen, entsprechen, ein nationalistisches Programm, das mit einer demokratischen Revolution und einem großen nationaldemokratischen Krieg aller unterdrückten Völker Europas rechnete. Unter dem Druck des faschistischen Vor-

marsches und der politischen Kirchhofruhe in Deutschland kamen sie zu der Ansicht, Europa sei in die Zeit vor 1848 zurückgeworfen und werde zuerst eine Periode neuer nationaler Befreiungskriege und demokratischer Revolutionen des Typus von 1848 durchlaufen müssen.

Nachdem der AK die Forderung der Internationale nach politischer und organisatorischer Disziplin auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus ignorierte und sich weigerte, konkret am Wiederaufbau der Sektion in Deutschland teilzunehmen, kam es nach dem 2. Weltkongreß zum endgültigen Bruch zwischen der Internationale und dem AK der IKD.

1905 <sup>Bund mit IKD</sup>  
Bekanntmachung

Bis 1944 und auch später noch nahm die IV. Internationale die Position ein, daß die deutsche Revolution unvermeidlich sei, und daß dies von Anbeginn an der revolutionären Krise in Europa, die dem Krieg folgen werde, einen mächtigen Auftrieb gäbe.

In dieser Perspektive wurde einer Reihe von Faktoren, die den Ausbruch einer deutschen Revolution verhinderten, zu wenig Beachtung geschenkt:

1. dem Ausmaß der materiellen und menschlichen Zerstörung in Deutschland;
2. dem reaktionären Charakter der sowjetischen und der westlichen Okkupation;
3. der äußersten Atomisierung des deutschen Proletariats unter dem Faschismus.

Diese Faktoren führten dazu, daß die revolutionäre Krise in Europa sich nicht mittels der deutschen Revolution, sondern infolge des militärischen Zusammenbruchs des Nazi-Regimes auf eine höhere Stufe erhob.

Bei ihrer Befreiung aus der Hölle Buchenwalds nahmen die trotzkistischen Genossen, die die Jahre "überstanden" hatten, eine Erklärung an: das "Buchenwaldmanifest der Trotzkisten".

Mit dieser Erklärung traten sie entschieden gegen die chauvinistische Welle auf, die über ganz Europa brandete und von der alle bürgerlichen, reformistischen und stali-

nistischen Organisationen erfaßt waren, die die Kollektivschuld des deutschen Volkes in den Mittelpunkt ihrer "Friedenspolitik" stellten. Das Manifest brandmarkt die wahren Schuldigen des zweiten Weltkrieges, die Verantwortlichen für die faschistische Machteroberung und die Ausbreitung des in die Barbarei versinkenden Monopolkapitalismus samt seinen bürgerlichen Regierungen und deren reformistischen und stalinistischen Gehilfen.

In seinen Schlußabsätzen bekundet das Manifest seine Solidarität mit dem ausgebluteten deutschen Proletariat und gibt eine wegweisende Perspektive für die wiedererwachende deutsche Arbeiterklasse. Wörtlich heißt es:

"In der bevorstehenden vorrevolutionären Periode gilt es, die werktätigen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale vorzubereiten, die die Einheit der Arbeiterklasse in der revolutionären Aktion verwirklichen wird.

Alle Theorien und Illusionen über einen 'Volksstaat', 'Volksdemokratie' haben im Verlaufe der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Forderungen erkämpfen:

- Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit
- Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933

- Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen
- Beschlagnahme ihrer Vermögen zugunsten der Opfer des Faschismus
- Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgesichte
- Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen
- Sofortige freie Wahlen von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses
- Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte
- Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes
- Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparaturschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muß zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderungen mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Rätedeutschland in einem Räteeuropa!
- Für die proletarische Weltrevolution!

20. April 1945

Die Internationalistischen Kommunisten  
Buchenwalds  
(4. Internationale) "

Die revolutionäre Perspektive dieses Dokumentes hatte zur damaligen Zeit ihre volle Berechtigung. Es war eine konkrete, aus der revolutionären Situation der entscheidenden

Länder Europas hervorgehende Notwendigkeit, im "Buchenwald Manifest" für ein "Rätedeutschland in einem Räteeuropa" einzutreten, da im gesamteuropäischen und in gewisser Hinsicht auch im Weltmaßstab (dank der ant imperialistischen Bewegungen in den Kolonien) nach dem 2. Weltkrieg eine vorrevolutionäre Lage vorhanden war. Hätten damals die Bewaffneten kommunistischen Partisanen und Widerstandsorganisationen in Frankreich, Italien und Griechenland, wo sie eine Massenbasis hatten, die Macht erobert, statt auf Befehl Stalins die Waffen niederzulegen und sich in bürgerliche Armeen und Koalitionsregierungen einzugliedern, dann wäre in Europa eine Lage entstanden, in der auch Deutschland von diesem Aufschwung der europäischen Revolution mit erfaßt worden wäre. Aber in Deutschland allein, in einem von vier Großmächten nach einem verlorenen Kriege besetzten Land, in dem die Arbeiterklasse völlig ohnmächtig war, die Menschen hungerten und jede kleinste Widerstandsregung unterdrückt wurde, konnte von einer revolutionären Lage oder der Möglichkeit einer Revolution nicht gesprochen werden. *Handwritten note: 1. 11. 1945*

Die wenigen Genossen der IKD, die in den Jahren 1946 die Reorganisation der deutschen Sektion begannen, waren vor zwei Aufgaben gestellt:

1. Die Selbstorientierung im Rahmen der IV. Internationale nach einer fast zehnjährigen Isolierung von jeder zentralen Führung und Organisation.
2. Die Analyse der verhängnisvollen Politik der traditionellen Arbeiterparteien, die zu Hitlers Machteroberung führte, um hieraus die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen kommunistischen Partei und der Internationale abzuleiten.

Diese beiden zusammenhängenden Aufgaben wurden aufgenommen

1. durch die Teilnahme an der Diskussion zum zweiten Weltkongreß, für die Resolutionsentwürfe übersetzt und veröffentlicht wurden,
2. durch die Erarbeitung eines Plattformwurfs: "Der Kampf für eine sozialistische Politik in Deutschland".

In dieser Plattform wurde die ganze Problematik der faschistischen Entwicklung, wurden die historischen Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland vollzogen hatte, analysiert sowie die wichtigsten Etappen der Vorkriegssozialdemokratie, die Notwendigkeit der Schaffung einer revolutionären Massenpartei nach dem Verrat von 1914-1918 in Gestalt der KPD als Sektion der Komintern, die Bedingungen ihrer späteren Bürokratisierung und Stalinisierung als wichtigster Ausgangspunkt für den Weg der deutschen Arbeiterklasse in die Niederlage. Außerdem wurde die Diskussion, die zur Gründung der IV. Internationale führte, die bis dahin in Deutschland unbekannt war, rekapituliert sowie die Probleme der bürokratisierten Sowjetunion und die Folgen für deren Deutschlandpolitik entwickelt.

Ausgehend von diesen Einschätzungen schloß die Plattform mit einem Programm revolutionärer Übergangsforderungen für Deutschland ab. Eine weitere Aufgabe, die gelöst werden mußte, war die Teilnahme der deutschen Sektion an der Erarbeitung und Diskussion der wichtigsten Resolution des 2. Weltkongresses der IV. Internationale: "Die heutige Lage in Deutschland und die Aufgaben der IKD", Hinzu kam die Mitarbeit an der Redaktion des deutschen Organs der Internationalen Sekretariats: "Die Internationale".

Die IKD verstand sich als Propagandagruppe. Ihre Aufgabe bestand darin, die Ideen des revolutionären Marxismus, dokumentiert im Programm und in den Grundsätzen der IV. Internationale, in die Reihen der sozialistischen Kräfte hineinzutragen. Diese Aufgabe konnte aber nicht losgelöst werden von den Tagesfragen des Proletariats. Darum wurde die Propaganda im wesentlichen verknüpft mit den Problemen, die in der Arbeiterbewegung im Mittelpunkt des Interesses standen. Unter Beachtung des Zusammenhangs zwischen der propagandistischen und agitatorischen Tätigkeit mit der Aktion des Proletariats, war es die Hauptaufgabe der IKD, sich in der Diskussionsprozeß der Linken über die Einschätzung der Niederlage von 1933 und die daraus sich ergebenden Konsequenzen des Aufbaus einer neuen kommunistischen Partei, einzuschalten, um so die Vorbedingung für eine ernsthafte und arbeitsfähige Gruppe zu schaffen.

Nach 1945 tauchten an miniature fast sämtliche Strömungen wieder auf, die auf der politischen Bühne der Arbeiterbewegung vor 1933 bestanden hatten. Von der SAP bis zum ISK über KPD bis zu den verschiedensten syndikalistischen und anarchistischen Tendenzen waren in der einen oder anderen Form Gruppen, Zirkel oder Personen vorhanden, die dort anknüpften, wo sie 1933 aufgehört hatten. Einige von ihnen hatten sich bereits während der Emigrationszeit wieder der SPD oder KPD zugewandt, oder aber sie waren Bündnisse mit ihnen eingegangen. Es fehlte nicht an Versuchen, eine sozialistisch-kommunistische Einheitspartei auch im Westen zu schaffen. Keine dieser Strömungen und Gruppen hat die politischen Schwierigkeiten der fünfziger Jahre überstanden. Sie sind ins politische Nichts eingegangen oder völlig in der SPD aufgegangen.

Die Sektion ist die einzige, die als nationale Organisation überlebt hat, nicht zuletzt dank der Tatsache, daß sie ein Bestandteil der IV. Internationale war.

Die IKD wandte sich vornehmlich an die fortgeschrittenen und aufgeschlossenen Teile der Linken und der Arbeiterbewegung. Um aber eine Isolierung von diesem Teil der Arbeiterklasse zu verhindern, mußte immer wieder die Notwendigkeit betont werden, innerhalb der Massenbewegungen (SPD, KPD, Gewerkschaften) Fuß zu fassen, um eine Basis für die Propagandaaufgaben zu haben.

Diese mehr propagandistische Arbeit wurde erweitert durch die Herausgabe der Zeitschrift: "Unser Weg", welche die Aufgabe hatte, die Ansichten der Sektion zu Tagesproblemen zum Ausdruck zu bringen.

Dabei mußte man von der Tatsache ausgehen, daß die IKD zu Beginn ihrer Arbeit gezwungen war, die Organisation aus dem Nichts zu entwickeln. Dem Faschismus war es gelungen, die gesamte Organisation aufzureißen. Hinzu kam, daß der Reformismus, der Stalinismus und der Faschismus, jeder auf seine Art und jeder mit seinen Methoden dazu beigetragen hatten, das sozialistische Bewußtsein einer ganzen Generation zu vernichten.

Im Zusammenhang mit dem Beginn der Krise des Stalinismus, die ihren damaligen höchsten Ausdruck in der progressiven Entwicklung der jugoslawischen Partei auf eine links-zentristische Position hin fand, die diese nach dem Bruch mit dem Krewl bis zum Ausbruch des Korea-Krieges entwickelte, verdichtete sich die Bereitschaft der Jugoslawen, den Plan einiger ihrer Gefolgsmänner in Deutschland, eine unabhängige Arbeiterpartei aufzubauen, zu unterstützen.

In der zweiten Hälfte 1950 beschloß die Sektion, sich in diese Bestrebungen einzuschalten. Sie ging dabei von der Annahme aus, daß die Krise des Stalinismus in Deutschland besonders deutlich zum Ausdruck kommen würde, und daß eine, wenn auch kleine, links-zentristische Partei ein Anziehungspol für jene sich politisierenden Arbeiter und Intellektuelle, die im sozialistischen Kampf eine politische Orientierung suchten, werden könnte.

Eine derartige Organisation, in der die Trotzlisten die Möglichkeit hätten, ihre eigene Position zu vertreten, konnte damals nur mit materieller Hilfe der Jugoslawen realisiert werden. Diese Taktik der Zusammenarbeit mit den sich vom Stalinismus trennenden titoistischen Tendenzen war im Einklang mit der Haltung der Internationale zur jugoslawischen Frage.

Sie organisierte damals "Jugendbrigaden" für die Hilfeleistung für Jugoslawien und propagierte mit großem Erfolg die Solidarität mit der ersten an der Macht befindlichen kommunistischen Partei, die mit dem Stalinismus gebrochen hatte.

Von Beginn an nahm die Sektion eine kritische Haltung gegenüber den Kräften ein, die in Zusammenarbeit mit der jugoslawischen KP die Initiative für die Gründung der UAP ergriffen hatten. Neben dem Mißtrauen gegenüber der materiellen Abhängigkeit der neuen Partei von bestimmten opportunistischen Tendenzen innerhalb der KPJ galt die Kritik besonders dem Charakter der Partei, ihrem organisatorischen Aufbau und den Illusionen darüber, durch eine an das unterste Bewußtsein der Arbeiterklasse anknüpfenden Propaganda schnell zu einer großen "Massen"-Partei zu kommen.

Diese kritische Stellung kam in einer politischen Würdigung (vom Mai 1951) des Ostern 1951 abgehaltenen Gründungsparteitags der UAP, die hier auszugsweise wiedergegeben wird, zum Ausdruck:

"Es gibt keine organisatorische Patentlösung, um die Partei zu einem nie versagenden Instrument der Arbeiterklasse zu machen... Die schematische Gegenüberstellung von Kader, Partei, Klasse und Masse übersieht die Wechselwirkung dieser verschiedenen Faktoren politischer Willensbildung. Indem die Partei Massenpartei werden will, muß sie Kaderpartei sein. Das kann aber nie anderes bedeuten, als daß die bestgeschulten und höchstentwickelten Mitglieder der Partei auf der Basis eines klaren Programms eine feste politische Einheit bilden. Der Inhalt dieses Programms ist die mittels der Theorie und der praktischen Erfahrung erarbeitete Formulierung der Klasseninteressen. Mit dem Kampfinstrument "Partei", gestützt auf deren Kader, führt die Arbeiterklasse ihre Kämpfe und vertritt die Interessen der werktätigen Massen. Kader ohne Massen sind verurteilt zur Sterilität, denn Kader ist Funktion, ist lebendige Zelle, Masse ohne Kader ist führungslos, amorph und der geeignete Boden für das Wuchern des Opportunismus.

Nichts steht uns ferner, als gegen das Sammeln von sozialistischen Menschen zu Felde zu ziehen. Das Bekenntnis zur Sammlung sagt aber an sich noch gar nichts. Entscheidend ist vielmehr, auf welcher politischen Basis diese Sammlung erfolgen soll. Nicht Sammlung um der verschwommenen, kompromißlerischen Einheit willen, sondern Sammlung, um der politischen Klarheit und Festigung willen, ist die alte und immer gültige Lösung der Marxisten. Ohne diese Voraussetzung wird die Partei nie das qualifizierte Forum sein, vor welchem die Führung ihre politischen Entscheidungen zu vertreten und notfalls auszuzufechten hat. Die Mitglieder werden zur Akklamationsmasse degradiert, die Bürokratie beginnt sich zu entfalten und Demagogie und Schauschlägerei siegen auf die Dauer über das politische Argument. Das aber ist der Tod einer revolutionären Partei.



Die UAP steht nach eigener Erklärung auf dem Boden des Marxismus. Das verpflichtet die Partei, alle Kräfte zu entfachen, um den politischen Interimszustand zu beenden, die noch ausstehende politische Klärung und Entscheidung herbeizuführen mit dem Willen und dem Ziel, das zu werden, wessen die deutsche Arbeiterklasse bedarf: die revolutionäre Klassenpartei."

Die Perspektiven der Sektion erfüllten sich in der UAP nur teilweise; die Geschlossenheit der Praxis auf einem gemeinsamen Sektor wurde hergestellt, dadurch eine organisatorische Festigung erreicht. Die Rekrutierung neuer Kader hatte nur geringen Erfolg, denn die Zeit vor der Integration in diese Tendenz bis zum Zusammenbruch der Partei, Ende 1951, war nur kurz.

Die Linksentwicklung der Partei wurde von den Jugoslawen, die durch ihre materielle Hilfe großen Einfluß auf die Führung hatten, torpediert, als sie bei Ausbruch des Korea-Krieges eine Wendung in Richtung auf Zusammenarbeit mit den Westmächten machten.

Die tiefe Krise der KPD wurde von der UAP nicht aufgefangen. Ebenso wie die unabhängigen sozialistischen Linken und die kleinen Gruppen wandten sich die Kräfte, die sich von der KP trennten, direkt der SPD zu.

Die Intrigen der jugoslawischen KP und ihre Hinwendung zum Antisowjetismus (z.B. Rußland = Staatskapitalismus) machten eine loyale Arbeit in der UAP unmöglich. Als sie dann offen für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eintrat, weil sie sich dadurch eine Minderung des militärischen Drucks des Stalin-Regimes auf ihr Land versprach, brach die UAP bereits Ende 1951, d.h. nach einem Dreivierteljahr, auseinander.

Bei der Beurteilung des Fiaskos der UAP auf der zentralen Konferenz am 29./30.9.1951, damals war schon das Ende sichtbar und die trotzkistische Gruppe außerhalb der UAP, betonte die Sektion, daß es falsch sei,

dies allein mit der Unfähigkeit, der Verantwortungslosigkeit und der Abhängigkeit der Führungsgarnitur zu erklären. In einer Stellungnahme heißt es u.a.:

"Diese besondere Eigenschaft der Verantwortlichen der UAP hat deren allgemeine Krise verschärft, den Verfall beschleunigt und verhindert, daß aus den vorhandenen Kräften und der Arbeit eines ganzen Jahres ein fester politischer Funktionärskörper geschaffen werden könnte. Viel wichtiger war es aber zu erkennen, daß die Entwicklung der UAP gezeigt hat, daß selbst die zweifellos vorhandenen Kaderkräfte nicht gewillt waren, einer neuen sozialistischen Partei zu folgen. Trotz aller bitteren Erfahrung hält die sozialistische Arbeiterschaft ihren traditionellen Organisationen die Treue. Die Lehren des Aufbaus unabhängiger sozialistischer Gruppierungen nach 1945, erweitert durch die Erfahrungen mit der UAP, unterstrichen, daß neben den bestehenden Parteien es im besten Falle nur möglich war, kleine revolutionäre Vorhutorganisationen zu schaffen. Deren Arbeit ist vor allem eine propagandistische und sie können in den praktischen Tageskampf nur über die bestehenden Massenorganisationen eingreifen. Dieses unumgängliche Stadium in der Entwicklung einer neuen revolutionären Bewegung ist ein Übergang, der über eine begrenzte Kadernsammlung nicht hinausführt. Beim Anwachsen der Klassenkämpfe jedoch wird diese Form der Organisationskristallisierung hinter der Entwicklung der Massenbewegung zurückbleiben."

Bewertung  
mms

SPD

TH W.

In dieser Beurteilung kommt bereits der Einfluß der Diskussion und der Beschlüsse des 3. WK der IV. Internationale von 1951 über die Frage des Entrismus zum Ausdruck. In dieser Frage hatte der Kongreß für Deutschland das Problem offengelassen. Einmal weil es z.Zt. des Kongresses noch keine Erfahrung über die Entwicklung und über den Trend der Arbeiterklasse zur SPD gab, und zum anderen, weil die Erfahrungen mit der UAP, d.h. mit der Entwicklung der Krise des Stalinismus in Deutschland und über die Möglichkeit einer progressiven Entwicklung einer unter dem Einfluß des Titoismus stehenden links-zentristischen Partei noch nicht abgeschlossen war.

Zu einem bedeutenden Instrument der Neuausrichtung und der politischen Stabilisierung der Sektion und ihrer propagandistischen Aktivität wurde das Organ "Pro und Contra". Nachdem dieses Organ zuerst ein Tummelplatz von Auffassungen aus den Arsenalen des Staatskapitalismus, linken Antibolschewismus, falsch verstandenen Luxemburgismus und ultralinken Reformismus war, gelang es der Sektion unter Mithilfe der Internationale, durch steigende Mitarbeit unserer Genossen und rege Teilnahme an dem Vertrieb P.u.C. allmählich zu einer Linie hin zu entwickeln, die den trozkistischen Positionen nahe oder mit ihnen identisch war.

Die Aufgaben dieser Zeitung wurden von uns folgendermaßen festgelegt:

"In der politischen Ausrichtung von 'Pro und Contra' gibt es verschiedene Schwierigkeiten und Konflikte, die wir offen darlegen müssen.

Zunächst ist der Konflikt zwischen einem Organ für die politische Erziehung linker Funktionäre in Partei und Gewerkschaft und der theoretisch marxistischen Schulung, in der wir schließlich ganze "tausend Jahre" aufzuholen haben. Wir wissen genau, daß wir eine Aufgabe im Augenblick nicht erfüllen können: die Agitation im weiteren Sinne. Das haben wir uns im Augenblick noch nicht zur Aufgabe gestellt; denn ohne Herausbildung eines Kadres besonderer Qualität und Quantität bedeutet das einfach ein Abenteuer.

Die Überwindung des Widerspruchs zwischen theoretischer Erziehung im engeren Sinne und praktischer politischer Anleitung wird erst mit der Erweiterung des Kadres kommen.

Ein zweiter Konflikt entsteht aus der Ausrichtung auf die Linke. Wir müssen in der Sprache heute ganz bestimmte Konzessionen machen, wir können uns kein sektiererisches Verhalten leisten. Wir wissen z.B., daß es wissenschaftlich falsch ist, vom Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu sprechen, weil es die Arbeiter sind, die die Arbeit geben, und die Unternehmer, die die Arbeit nehmen. Wir müssen bereit sein, uns in der Sprache der Umgebung

anzupassen, um unseren Inhalt und Geist, auf den es alleine ankommt, durchsetzen zu können. Dieser "Widerspruch" zwischen Form und Inhalt unserer Zeitung wird erst verschwinden, wenn die wachsende Reife des politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse es uns ermöglicht, daß wir uns unserer offenen Terminologie bedienen, die nicht gleichgültig ist, denn sie ist ein wissenschaftlich exakter Ausdruck unseres Gedankengutes."

So heißt es in einer politischen Resolution aus dem Jahre 1953. Diese Ausführungen bilden den Übergang zur Taktik des Entrismus/der deutschen Sektion in die Sozialdemokratie.

1953-1960 *Briefing über SPJ*

Die Begründung dieses Schrittes wird in folgendem Thesen-auszug gegeben:

"Die revolutionäre Klassenpartei kann nicht willkürlich 'geschaffen' oder 'proklamiert' werden. Sie kann nur organisch aus dem Differenzierungs- und Reifeprozess der fortgeschrittenen Arbeiter, gestützt auf ihre politische und gewerkschaftliche Kampferfahrung, erwachsen. Sie entsteht in dem Augenblick, wo ein bedeutender Teil der tatsächlichen Führer der Arbeiterklasse in Betrieb und Gewerkschaften und allen Massenorganisationen sich der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zum Beschreiten eines revolutionären Weges, zu einem revolutionären Ziel, bewußt ist. Aber dieser Differenzierungs- und Reifungsprozess der Vorhut der Arbeiterklasse wird unerhört erleichtert - auf absehbare Zeit überhaupt erst ermöglicht - wenn er befruchtet wird durch das bewußte Eingreifen eines organisierten Kadres, der in seinem Programm - dem Programm der IV. Internationale, das nichts anderes darstellt als die Erweiterung des Leninismus-Marxismus auf die Erfordernisse des Klassenkampfes unserer Zeit - Weg und Ziel der Revolution niedergelegt hat, und mit seiner Aktivität die Voraussetzungen schafft, um die Vorhut der Arbeiterklasse von der Richtigkeit dieses Programms zu überzeugen. Die organisatorische Verschmelzung dieser Kader mit jener Vorhut (in den verschiedenen Formen und bei Berücksichtigung der verschiedenen Zwischenstufen) auf dem Boden dieses Programms, ist die Gründung der revolutionären Klassenpartei...."

*SPJ - Konzeption der Partei...  
Aktionen, Positionen...*

In welcher Situation wurde der Entrissus durch die deutsche Sektion vollzogen?

Trotz ungünstiger Voraussetzungen, die in den objektiven Verhältnissen nach dem 2. Weltkrieg und im Verhalten der Führungen der beiden Arbeiterparteien ihre Wurzel hat, gab es in der Nachkriegszeit mehrere wichtige Ansätze zu großen Massenbewegungen. (Massenstreiks im Ruhrgebiet und Salzgitter gegen die Demontage 1948, Metallarbeiterstreik in Bayern vom 15.2. - 27.2.1949, Metallarbeiterstreik in Hessen vom 9. - 31.8.1951, Landarbeiterstreik in Niedersachsen 1952, Textilarbeiterstreik Anfang 1953, Druckereiarbeiterstreik im gesamten Bundesgebiet Anfang 1953, zweiter Metallarbeiterstreik in Bayern 1954, Massendemonstration gegen das Betriebsverfassungsgesetz und für Mitbestimmung Juni/Juli 1952, - um nur einige Beispiele zu nennen.)

Während die Streiks und große Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz von den Gewerkschaften geführt wurden, bekam die Bewegung gegen die Remilitarisierung ihren Anstoß aus den Reihen der sozialistischen Jugend, den gewerkschaftlichen Jugendgruppen und aus der pazifistischen Bewegung. Die Sozialdemokratische Partei stand der Remilitarisierung lediglich parlamentarisch entgegen. Davon ausgehend gelang es der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, in den Gewerkschaften einen breiten Widerhall zu finden, worin sich der latente Widerstandswille gegen den Militarismus in der Arbeiterschaft ausdrückte. In den Gewerkschaften erreichte diese Bewegung ihren Höhepunkt Ende 1952 / Anfang 1953 innerhalb des Landes-Bezirks Bayern des DGB; das führte schließlich zum Sturz der DGB-Vorsitzenden Fette und vom Hoff, die sich für die Wiederbewaffnung ausgesprochen hatten.

X/ In dieser Periode gelang es der Sektion, als Tendenz ein beachtenswerter Teil der Kräfte zu werden, die, beginnend mit der Kampagne gegen die Remilitarisierung, in allen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Politik als Motor wirkten.

Die Integration in die Sozialdemokratische Partei wurde mehr und mehr zur Voraussetzung für das aktive Eingrei-

fen in diese Bewegungen, und um in den Gewerkschaften und Betrieben linke Initiativen anzustreben.

Der politische Ausgangspunkt dieser Taktik des Kampfes innerhalb der Sozialdemokratie wurde das Manifest der Kölner Jungsozialisten, welches auf Initiative der Jungsozialisten im März 1954 vom Kreisparteitag mit großer Mehrheit bestätigt wurde.

Dieses von uns initiierte Manifest wurde zum Kristallisationspunkt der Herausgabe des entrivistischen Organs "Sozialistische Politik". In und um dieses Organ sammelte sich auf der Ebene der Bundesrepublik eine politische Strömung, die in der Zeitschrift einen gewissen organisatorischen Ausdruck fand. Von der "Sozialistischen Politik" erschienen 13 Jahrgänge (1954 bis 1966) und es ist zu beachten, daß sie das einzige unabhängige Organ dieser ganzen Periode war, das eine derartige Lebensdauer aufzuweisen hat. - *Siehe: Rote Demokratie Nr. 108 + 26.3.71*

(Tafelberg)  
Es muß hier genügen, die politische Substanz der Zeitschrift durch einen Auszug aus dem Jubiläumsartikel anlässlich ihres zehnjährigen Erscheinens, zu charakterisieren. Dieser Auszug gibt auch Auskunft über die allgemeine praktische Arbeit der deutschen Sektion:

"In den ersten Jahren steht noch der Kampf gegen die Wiederbewaffnung im Vordergrund, und wir finden Artikel aus einer Zeit des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, der mit ihrer zweiten Niederlage nach dem Krieg endet. Damals wie heute stehen Gewerkschaftsfragen und Lohnkämpfe im Mittelpunkt. Immer wieder wird auf die beginnende und zunehmende Aushöhlung des Verfassungsrechts hingewiesen. Politökonomische Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung (z.B. deutsche und spanische Revolution, Geschichte der SPD, der SPÖ und der Internationale) kommen nicht zu kurz.

Monatlang wird über den 20. Parteitag der KPdSU sowie die polnische und ungarische Revolution berichtet und diskutiert! Aber die Diskussion über die politische Revolution sowie die Auseinandersetzung zwischen-Proletariat und Partei- und Staatsbürokratie in den Arbeiterstaaten wird nicht mehr aus den Seiten der SoPo verschwinden.

Es wird von Vorfällen in der deutschen Nachkriegsgeschichte berichtet, die heute schon fast legendär klingen. In Göttingen (1957) warnen 18 Professoren vor den Gefahren der Atombombe: Der Kampf 'Gegen den Atomtod' hat den Kampf gegen die Remilitarisierung abgelöst. Als sich im Ostermarsch eine neue Bewegung gegen die Bombe formiert, tritt die SoPo für seine Annäherung an die Arbeiterbewegung ein.

Ab 1958 berichtet die SoPo ständig über das Fortschreiten der algerischen Revolution. Unser Optimismus über die Fortentwicklung des Sozialismus im Weltmaßstab bewahrheitet sich am Sieg der Revolution auf Kuba. Im Winter 1955 warnt die SoPo vor dem kommenden Chaos im Kongo, zur selben Zeit wird ausführlich von den Armen in den USA berichtet - lange Jahre, bevor sie regierungsoffiziell entdeckt werden.

Im Winter 1959 zeigt der Streik im belgischen Kohlengebiet, der Borinage, daß die europäische Arbeiterbewegung nicht tot ist. Der Massenstreik in Belgien - zur Jahreswende 1960/61 - zeigt dieselbe Tatsache noch viel deutlicher (sie verdient eine rote Überschrift auf der ersten Seite).

Unter der Überschrift 'Wegmarko Godnsberg' wird vom Übergang der Sozialdemokratie zum Sozial-Liberalismus berichtet, aber es ist noch nicht der Zeitpunkt der Partei(führung). Die Titelseite eines Artikels zum 1. Mai 1960 'Heute Maßhalten - morgen Maulhalten' wird zu einer gängigen Parole in vielen Demonstrationen, nicht zuletzt im Streik in Baden-Württemberg (1963).

Diese kleine Rückschau zeigt unser Bemühen, den Fortgang der Entwicklung zum Sozialismus in den verschiedenen Teilen der Welt als eine dialektische Einheit zu sehen. In dieser Entwicklung sind die Kämpfe der Kolonialvölker ebenso eine Etappe wie die Entstalinisierung im Ostblock. In den kapitalistischen Ländern und auch für Deutschland zeigen wir Widersprüche auf, in die sich das System verwickelt und die auch bei uns eine Wiederbelebung der Arbeiterbewegung bringen werden.

Die 'Sozialistische Politik' kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die einzige kritische, unabhängige und nur von ihren Lesern und Herausgebern finanzierte sozialistische Nachkriegszeitung gewesen zu sein, die dieses Alter von zehn Jahren erreicht hat. Blätter, die ursprünglich weit bessere Voraussetzungen hatten zu überleben, stellten im Laufe der Zeit ihr Erscheinen ein. Sie sind nicht den 'Stürmen der Zeit', sondern den überglätteten Wogen der Konjunktur zum Opfer gefallen. Wir müßten die neue Erfahrung machen, daß es ebenso schwer ist, sich gegen das leichte Geschwätz des Sozial-Liberalismus zu behaupten, wie es früher schwer war, 'im Kampf gegen den Klassenfeind' zu bestehen. Was hat die 'Sozialistische Politik' befähigt, durchzuhalten? Es waren zwei Eigenschaften, die uns befähigten, gegen den Stroh zu schwimmen.

Erstens haben wir uns zu eigen gemacht, was Karl Marx in den deutsch-französischen Jahrbüchern schrieb:

'Wir treten der Welt nicht doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder. Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien, wir sagen ihr nicht: Laß ab von Deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen Dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.'

Und die zweite Eigenschaft?

Unser Optimismus, der uns nie daran zweifeln läßt, daß der Sieg des Sozialismus gewiß ist. Die Quelle dieses Optimismus ist nicht die Einbildung, sondern unsere Auffassung des Sozialismus als einer Weltbewegung, die - vor aller Augen für alle Augen sichtbar - in großen Teilen der Welt handgreifliche Erfolge erringt.

Wir sind stets bemüht, über Siege oder Niederlage des Sozialismus in der Welt unsere Leser wahrheitsgetreu zu informieren und diese welthistorischen Ereignisse kritisch zu analysieren. Das Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung in den Nachkriegsjahren ist gewiß nicht

+ 4. Int. ab Berlin 1960  
als Avantgarde?

immer erhebend gewesen. Die Festigung der Restauration, verstärkt durch das unaufhörliche Rückzugsgefecht der "Ballastabwerfer", hat manchen aufrichtigen Sozialisten, der seinen Blick nur auf das deutsche Trauerspiel richtete, an seiner Überzeugung irren werden lassen. Aber wer den Blick auch auf den gewaltigen Vormarsch des Sozialismus in der Welt gerichtet hat, kann nicht verzweifeln."

An den Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952 konnte die Sektion noch nicht mit ihrer ganzen Kraft und eigener Initiative teilnehmen. Sie war noch mit der Lösung der Aufgaben beschäftigt, den Entrismus in ihren eigenen Reihen verständlich zu machen und die ersten organisatorischen Schritte zu unternehmen. Dagegen schaltete sie sich aber bereits 1954 als ein Faktor in die Bewegung gegen die Remilitarisierung ein und wurde zu einer treibenden Kraft. Eines der Zentren dieser Bewegung wurde die "Sozialistische Politik". Ausgehend von einem Fundament in den sozialistischen Jugendorganisationen, den Jungsozialisten und Teilen der gewerkschaftlichen Opposition, war es möglich, eine Art Zentrum des Kampfes zu schaffen.

Die Bewegung gegen den Atomtod, die alle Voraussetzungen für eine echte Volksbewegung mitbrachte, reichte über große Teile der Jugend, Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bis tief in die Reihen der liberalen Intelligenz und des Kleinbürgertums, was in der Göttinger Erklärung der Atomphysiker zum Ausdruck kam. Am 1. Mai 1958 demonstrierten in den großen Städten Zehntausende gegen die atomare Aufrüstung und gaben damit ihrem Unbehagen und ihren antimilitaristischen Gefühlen Ausdruck. Mit der feierlichen Überführung hoffnungsvoller Ansätze der Bewegung gegen den Atomtod in die Paulskirche wurde ihr Volkscharakter zerstört, um sie auf das unfruchtbare Niveau eines ohnmächtigen kleinbürgerlichen Pazifismus herabzudrücken und im Sande verlaufen zu lassen. Alle diese Ereignisse lieferten wichtige Erfahrungen, vor allem die, daß Bewegungen, die Massencharakter annahm, also zu einem potenten Faktor werden sollten, von den offiziellen Organi-

sationen sanktioniert, organisiert oder geführt werden mußten. Die Arbeitermassen waren in der ganzen ersten Zeit des Aufschwungs ihrer Aktivität nur bereit, im Rahmen ihrer eigenständigen Organisationen und auf den Ruf ihrer Führung hin in Aktion zu treten. Dies zeigte sich auch in den Augenblick, als aus der Bewegung gegen den Atomtod sich die Bewegung gegen die Atombombe, d.h. die Ostermarschbewegung, entwickelte.

In dieser einzigen Bewegung mit Massencharakter der damaligen Jahre, die immerhin zehntausende von Demonstranten mobilisierte, spielte die Sektion an vielen Orten - in einigen Bezirken und in der Spitze sogar eine initiiende - Rolle. Die Aufgabe, die sich in dieser Bewegung stellte, bestand darin, den allzu starken Einfluß kleinbürgerlicher und pazifistischer Tendenzen, die von der KPD gefördert wurden, zurückzudrängen und sozialistische Perspektiven in die Bewegung hineinzutragen.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, immer wieder den Versuch zu machen, Ostermarschbewegung und Arbeiterbewegung miteinander zu verschmelzen. Nur wenn die Bewegung der Arbeiterklasse den Kampf gegen den Atomtod aufnahm und ihn zu einem Aspekt ihres eigenen Kampfes machte, konnte er zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung führen.

Der Einfluß der Sektion in dieser Bewegung kann daran gemessen werden, daß zwei Parolen, die von der Sektion in die Bewegung hineingetragen wurden: "Hut ab - Helm auf" und die Parole, die bereits zum Kampf gegen die Notstandsgesetze überleitete: "Heute Maßhalten - morgen Maulhalten", zentrale Bedeutung erhielten und in den späteren Bewegungen wie Streiks, Kampf gegen die Springer-Presse und gegen die Notstandsgesetze, immer wieder aufgenommen wurden.

Bei den Aktivitäten der damaligen Zeit und den Aktionsmöglichkeiten der Sektion sowie den Initiativen, die von der "Sozialistischen Politik" ausgingen, darf nicht übersehen werden, wie gering die Klassenaktivitäten waren, wie wenige Klassenkämpfe es in diesen Jahren gegeben hat und in welcher verheerender Weise sich das noch sporadisch vorhan-

dene und erhalten gebliebene sozialistische Bewußtsein zersetzte und damit auch den Bildungsprozeß eines neuen Bewußtseins erschwerte.

Der ideologische Verfall der beiden traditionellen Parteien der Arbeiterklasse, der zur damaligen Zeit rapide Fortschritte machte, ist ein Zeugnis dieses Prozesses.

Während der ganzen Phase, die man mit den Auswirkungen des Godesberger Parteitagess vom November 1959 begrenzen kann (Unvereinbarkeitserklärung gegenüber dem SDS) gab es keine politische Regung oder Aktivität auf der Linken, die nicht in irgendeiner Weise von den von der Sektion beeinflussten Tendenzen ausging oder von ihnen mitgetragen wurden. Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen die Remilitarisierung aufgrund des Verrats der SPD-Führung und der DGB-Bürokratie und des zersetzenden Einflusses der stalinistischen Deutschland-Politik, sowie der zunehmenden Passivität in den mittleren und unteren Funktionärschichten, standen nur ganz allgemeine gewerkschaftliche und politische Probleme im Vordergrund, die aber von der Klasse nicht aufgegriffen wurden. Darum mußten auch Versuche, an denen die Sektion mitgewirkt hat, gewerkschaftliche Oppositionszentren zu schaffen, beim Ausbleiben von Klassenkämpfen ohne konkrete Basis bleiben und verkümmern.

#### Die Unterstützung kolonialer Revolutionen

Bereits im französischen Unterdrückungskrieg in Indochina stellte sich die Sektion an die Seite der kolonialen Revolution, deren Entwicklung sie von Anfang an als Teil der sich entfaltenden Weltrevolution beurteilte. Diese Unterstützung lag weitgehend auf dem propagandistischen Feld, da das allgemeine Interesse, selbst in den Kreisen der "Linken" und Studenten, für diese Bewegung sehr gering war. Seit 1914 gab es für die deutsche Arbeiterklasse kein direktes Kolonialproblem. Während der Weimarer Republik wurde lediglich in zwei Fällen von seiten der KP die koloniale Frage in Aktionen aufgegriffen (Riff-Ka-bylen-Aufstand 1924/1925 und Chinesische Revolution 1926/1928). Auch zur damaligen Zeit blieben diese Bewegungen

im Rahmen des allgemeinen Einflusses der Partei.

Konkret wurde die Unterstützung <sup>Algerien</sup> der kolonialen Revolution erst, als 1957 nach dem 5. Weltkongreß der IV. Internationale ein enger Kontakt zu der entscheidenden Tendenz der algerischen Revolution, der FLN, die im Oktober 1954 den Aufstand auslöste, und besonders zu ihrem linken Flügel, der unter der Führung von Muhammed Harbi stand, hergestellt wurde. Propagandistisch schlug sich diese Unterstützung in vielen Artikeln und Materialien, die in den Zeitschriften zum Abdruck kamen, nieder. Diese Propaganda wurde konzentriert in der Zeitschrift "Freies Algerien" (1958-1962), der Durchführung von Demonstrationen gegen die Verbrechen des französischen Imperialismus und für den Sieg der algerischen Revolution. Dabei war die Sektion immer bemüht, die sozialistischen Tendenzen in der algerischen Revolution herauszustellen und sie gegen die kleinbürgerlich-nationalistischen Kräfte propagandistisch zu unterstützen. Noch einmal muß erwähnt werden, daß diese Propaganda auf eine große Gleichgültigkeit gegenüber diesen Problemen stieß und die Schwierigkeiten verstärkt wurden, weil die Bürokratie der Arbeiterbewegung, hier besonders die gewerkschaftliche, der Unterstützung des Kampfes der FLN Widerstand entgegensetzten. Dieses Verhalten entsprang der allgemeinen Haltung der deutschen Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der Hauptorganisation der französischen Arbeiterklasse, der unter Führung der KPF stehenden CGT. Die Masse der in Frankreich lebenden algerischen Arbeiter war in der CGT organisiert. Die deutsche Gewerkschaftsbürokratie nahm dies zum Vorwand, sich der FLN gegenüber passiv zu verhalten. Soweit sich die Gewerkschaftsführung überhaupt mit dem Problem der Unterstützung der algerischen Revolution beschäftigte, konzentrierte sie ihr Interesse auf die MNA, die von Messali Hadj geführt wurde, und deren Mitglieder in den reformistischen Minoritäts-Gewerkschaften der Force Ouvriere organisiert waren. Erst als sich der reaktionäre Charakter der MNA offenbarte, kam es zu einer Umorientierung. Diese Fehlorientierung gegenüber FLN und MNA erschwerte auch das Eindringen unserer Unterstützungspropaganda in die "linken Kreise", besonders in den SDS und die Jugendorganisationen, denn auch die Studentenbe-

wegung, die später die koloniale Revolution ins Zentrum ihrer Aktivitäten rückte, stand damals diesen Problemen nicht nur fern, sondern ablehnend gegenüber. Dieses kam auch darin zum Ausdruck, daß der SDS sogar noch nach der Unvereinbarkeitserklärung an der Errichtung deutsch-israelischer Freundschaftsgruppen teilnahm und sie sogar initiierte.

Nur dort, wo die Genossen der deutschen Sektion, teilweise gedeckt durch ihre entristische Basis bei den Jungsozialisten, sozialistischen Jugendorganisationen sowie gewerkschaftlichen Jugendorganisationen, die Initiative ergriffen, wurden die Protestaktivitäten zu einem Politikum. Die Arbeiterklasse zeigte kaum Interesse für diesen Kampf.

Die propagandistische Unterstützung der algerischen Revolution war aber nur die eine Seite der Aktivität. In der Zusammenarbeit mit Führungselementen der FLN ergaben sich eine ganze Reihe wichtiger praktischer und organisatorischer Probleme, die gelöst werden mußten und im engen Kontakt mit der IV. Internationale auch gelöst wurden.

Als nach der Blockade Nordafrikas durch die französische Flotte die Zufuhr von Kriegsmaterial für die algerische Armee zum Erliegen kam, reifte der Plan, in Naghreb selbst eine entsprechende Produktion zu entwickeln. Hierzu mußten aber bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Es mußten, um nur ein Beispiel zu nennen, qualifizierte Arbeiterkolonnen zur Verfügung stehen. Die IV. Internationale war die einzige internationale Organisation, die hierbei einen konkreten Einsatz leistete. An dieser Arbeit hatte die deutsche Organisation einen großen Anteil, der soviel Kraft absorbierte, daß zeitweilig die Aktivität in der deutschen Arbeiterbewegung in den Hintergrund gedrückt wurde. Aber aufgrund der Beurteilung des Stellenwerts der algerischen Revolution im Rahmen der kolonialen Revolution und im weiteren Rahmen der Entwicklung der Weltrevolution, war das durchaus zu verantworten.

Die Erfahrungen der Aktivitäten in der algerischen Revolution schlugen sich später nieder in der Unterstützung der mannigfachen Bewegungen und revolutionären Erhebungen der kolonialen Völker in den verschiedenen Ländern

und Kontinenten, z.B. Südafrika, Kongo, Naher Osten, Lateinamerika, und fand einen neuen Höhepunkt, wenn auch bereits unter neuen Bedingungen, in der Unterstützung der Revolution in Indochina, deren höchster Ausdruck der Berliner Vietnam-Kongreß 1968 war, dessen Erfolg auf die Aktivität der Sektion zurückzuführen ist.

In den beiden Jahrzehnten, über die sich diese Praxis erstreckte, einer jahrzehntelangen Aufstiegsphase des deutschen Kapitalismus und der Anpassung der Führung der Arbeiterbewegung an diesen Aufschwung, bestand die theoretische Leistung der Sektion darin, die besondere Lage der BRD und deren Ursachen, den Charakter der (noch verhüllten) Klassengegensätze und die zukünftigen Perspektiven zu erfassen und zu einem brauchbaren Konzept zu verarbeiten. In den Zeitschriften der Sektion aus dieser Zeit: "Die Internationale" (ab 1954) und "Internationale Informationen" (1953-60), die neben der entristischen "Sozialistische Politik" als offene trotzkistische Organe erschienen, wurde diese Arbeit geleistet. Daraus geht hervor, daß wir uns dem Anpassungsprozeß nicht unterwarfen. Wir spürten alle Momente auf, die darauf hindeuteten, daß die BRD nur zeitweise ein Sonderfall war, daß aber die Gesamtheit des weltrevolutionären Prozesses und der Druck der revolutionären Aktivitäten in den anderen europäischen Metropolen auch das deutsche Proletariat in seinen Strudel ziehen würde. Wenn dies auch heute als Binsenweisheit erscheint, so muß doch im Hinblick auf die damalige geistige und theoretische Situation selbst der "Linken", besonders auch des damaligen SDS, festgestellt werden, daß es sich um einen schweren ideologischen Kampf gehandelt hat. Was heute Allgemeingut zumindestens eines Teils der revolutionären Linken geworden ist, war zur damaligen Zeit "utopisches" Festhalten an "althergebrachten Formen marxistischen Denkens".

Schon damals entwickelte sich in den linken Studentenzirkeln eine Skepsis gegenüber allen traditionellen Organisationen (einschließlich der revolutionären), die später zu einer allgemeinen Antiorganisationsstimmung wurde. Der Einfluß der Ideen von Herbert Marcuse (die Arbeiterklasse sei als politische Kraft abzuschreiben) gewann an Boden. Diese Auffassung basierte auf der An-

nahme, daß der Kapitalismus "gelernt" habe, entscheidende Krisen zu verhindern.

#### Eine entscheidende Fehleinschätzung

Infolge einer Fehlorientierung war es in diesen Jahren der Sektion nicht möglich, ihre positive Entwicklung in einen sich steigenden Einfluß umzumünzen. Sie geriet aus verschiedenen Ursachen in eine hoffnungslose Isolierung, und konnte darum beim Aufkommen der außerparlamentarischen Opposition nicht initiativ, sondern lediglich peripher-propagandistisch in Erscheinung treten.

Dieser Fehler kam im Augenblick der Trennung von SPD und SDS in einer zu starren Anwendung der Beschlüsse der Weltkongresse der IV. Internationale zur Frage des Entrismus zum Ausdruck. In ihrer Mehrheit erkannte die Sektion nicht, daß es sich hier um eine Abspaltung handelte, die auf Jahre hinaus ein letzter Differenzierungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung sein werde, daß damit die Grenzen der entristischen Taktik erreicht waren und der weitere Aufbau der Sektion nur unabhängig erfolgen konnte.

Die Abspaltung des SDS von der Sozialdemokratie bot für lange Zeit die letzte Gelegenheit für eine Neuorientierung der Praxis der Sektion. Aus Furcht vor einer Isolierung wurde die Sektion in die Isolierung gedrängt, die sich besonders negativ auswirkte, als die Studentenrevolte und die Jugendradikalisierung zum beherrschenden Faktor der revolutionären Politik wurde. Die Sektion erkannte auch nicht, daß sich hier die politische Vorhut einer neuen Intelligenz bildete - ein Produkt der "dritten industriellen Revolution" der bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Feststellung, daß die Intelligenz heute eine quantitativ weit ausfassendere soziale Schicht als jemals zuvor geworden ist, ist noch nicht alles geklärt. Die quantitative Vermehrung von Berufstätigkeiten, die früher wegen der damit verbundenen Spezial-Qualifikation, der Dauer und der Kosten der Ausbildung einer Minderheit vorbehalten waren, bedeutet, daß die Mehrheit dieser neuen Intelligenz weder der sozialen Herkunft noch den Zielen ihres sozialen Aufstiegs nach der Bourgeoisie angehören. Diese Mehr-

heit ist ein nach Bezahlung und Prestige immer noch privilegiertes Teil der abhängig Arbeitenden. Die Bildung dieser sozialen Schicht wissenschaftlich geschulter Angestellter fällt zusammen mit der allgemeinen Krise der bürgerlichen Ideologie (dem Zerbrechen der traditionellen Legitimationen der bürgerlichen Gesellschaft) und der aktuellen Krise der antiquierten Ausbildungssituation. Diese soziale Grundlage der späteren Studentenrevolte und der von ihr ausgelösten Jugendradikalisierung gab der Auseinandersetzung zwischen SDS und SPD den besonderen Charakter, wurde aber von der Sektion nicht in ihrer ganzen Tragweite erfaßt.

Die durch die Fehleinschätzung entstandene Situation der Sektion wurde dadurch verschlimmert, daß die Diskussion der neuen Probleme nur ungenügend und mit größter Unsicherheit geführt wurde. Diese Diskussion schweifte einige Jahre im Untergrund mit dauernd wechselnden Positionen, ohne offene Konfrontation der Gegensätze. Das führte schließlich zu einer scharfen politischen Auseinandersetzung, die sich um die politische Beendigung der "entristischen Taktik" (die in der Praxis bereits weitgehend aufgegeben worden war) und die Orientierung auf die "proletarische Jugend" drehte.

Aufgrund der Annäherung der politischen Positionen war es auf der Nationalen Konferenz Pfingsten 1969 möglich, einen politischen und organisatorischen Kompromiß zwischen den Tendenzen zu finden.

Der Kompromiß scheiterte an der ultimativen Haltung der Tendenz, aus der später die IKD hervorging, gegenüber dem damaligen politischen Sekretär der Organisation. Das Resultat war die Spaltung der Sektion in die IKD, die den ursprünglichen Namen der Sektion wiederaufnahm und aufgrund weiterer Differenzen bald mit der Internationale brach, und die Gruppe Internationale Marxisten, Sektion der Vierten Internationale. Dieses war die erste Spaltung der Sektion seit ihrem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg.



## Die ersten großen Streiks

Inzwischen setzte die deutsche Bourgeoisie ihren Weg der wirtschaftlichen und politischen Erfolge fort. Ein neuer Höchststand der Industrieproduktion wurde erreicht. Diese Entwicklung begünstigte den verstärkt einsetzenden Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft, der zu einer steigenden Verschmelzung von Bank- und Industriekapital führte. Die Beherrschung des Staatsapparates durch die Kapitalmächte schritt weiter voran. Die parlamentarische Demokratie des monopolistischen Kapitalismus wurde gemäß dem Vorbild der anderen hochindustrialisierten Länder immer mehr zur offenen Farce.

Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund des Verzichtes auf eine offensive Politik der Arbeiterorganisationen. Die politische Indifferenz der Massen steigerte sich, da eine wirkliche politische Führung fehlte. Das politische Bewußtsein sank auf ein äußerst tiefes Niveau.

Die objektive Grundlage der Situation, in der sich die Arbeiterbewegung befand, war die anhaltende Konjunktur, die es den Unternehmern erlaubte, einen relativ "hohen Preis" für die Arbeitskraft zu bezahlen. Es war für sie vorteilhafter, Arbeitskonflikte zu vermeiden, um keinen Produktionsausfall zu erleiden.

Dieses Bestreben kam der in der Gewerkschaftsführung vorherrschenden Tendenz entgegen, die darauf ausgerichtet war, gewisse lohn- und tarifpolitische Erfolge zu erzielen, ohne dabei mit den Unternehmern in größere Auseinandersetzungen zu geraten oder gar die Arbeitermassen zu größeren Kämpfen mobilisieren zu müssen.

Aber in den Jahren 1961/62 zeigten sich die ersten Anzeichen einer "Normalisierung" der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD. Die Investitionen wiesen im Vergleich zu den Steigerungen des Vorjahres zum ersten Mal einen Rückgang auf.

Die Konkurrenz in der EWG, verschärft durch die Auswirkung der amerikanischen Bemühungen, die Absatzmärkte in Europa zu halten und zu erweitern, steigerte den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Die verschärfte internationale Konkur-

renz, die verringerte Zuwachsrates der Industrie und die Tatsache, daß die deutschen Löhne als Kostenfaktor der Betriebe (nicht als Kaufkraft der Lohnsumme) in die europäische Spitzengruppe aufrückten, veranlaßte das deutsche Unternehmertum, den gewerkschaftlichen Forderungen einen größeren Widerstand entgegenzusetzen. In dieser Situation kam es 1963 zu einer entscheidenden Lohnbewegung der IG Metall in Baden-Württemberg. Entsprechend der gewerkschaftlichen Situation mußte dieser Kampf die Begrenzung auf die reine Lohnfrage durchbrechen und den Auftakt für eine breite Initiative in den anstehenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen geben. Von dieser Strategie her mußte der Kampf organisiert werden. Diese Bewegung war die erste kämpferische Abwehr einer wiederbelebten Arbeiterklasse, in der die Genossen der Sektion bei der Auslösung und Durchführung eine aktive Rolle spielen konnten, weil im Zentrum des Schwerpunktes des Streiks ein arbeitsfähiges Kader die Vorstellungen der Sektion von einer aktiven Streikstrategie in den Streik hineintrug, und somit mittelbar ein Einfluß auf die gesamte Bewegung möglich wurde.

Die Jahre 1966-69 bilden einen Umbruch in der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen imperialistischen Gesellschaft. Trotz der Rezession der Jahre 1966/67 setzte die BRD ihren wirtschaftlichen Aufstieg fort und überholte dabei wichtige europäische Konkurrenten und Partner. Dieser wirtschaftliche Aufstieg wurde gleichzeitig und folgerichtig begleitet von einem politischen Aufstieg. Die BRD hatte in diesen Jahren die Entwicklung vom schwächsten Glied der europäischen Länder zu einer entscheidenden Macht zurückgelegt.

Gleichzeitig mit der wachsenden Bedeutung des deutschen Imperialismus in Westeuropa erlebte die spätkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft in den Jahren 1966/67 ihre stärksten Belastungsproben durch den Ausbruch einer nicht unbedeutenden Rezession. Diese Ablösung des "Wirtschaftswunders", das unbegrenzt erschien, erschütterte das blinde Vertrauen der Kapitalisten, des Kleinbürgertums und großer Teile der Arbeitermasse in die Stabilität der westdeutschen Wirtschaft und beendete damit auch die politische Ruhe.

Beim Umbruch vom Wirtschaftswunder zur Depression und zur Rezession erlitt die deutsche Arbeiterklasse einen empfindlichen Schock. Sie war von ihren Organisationen auf diese Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet. Darum war es der herrschenden Klasse auch möglich, nicht nur die Lasten der Rezession in den bekannten Formen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, ohne anfangs auf einen nennenswerten Widerstand zu stoßen!

In der folgenden Periode des neuen wirtschaftlichen Aufschwungs konnten die Unternehmer sogar die nachziehenden Löhne wiederum über die Preise auffangen.

Die sozialdemokratische Parteispitze als Partner in der großen Koalition betätigte sich, unterstützt durch den überwiegenden Teil der Gewerkschaftsbürokratie, als "trojanisches Pferd" der Regierung in den Reihen der Arbeiterklasse. Ein wichtiger Faktor der aufgezeigten Entfaltung des westdeutschen Kapitalismus bis zum Anfang der 60er Jahre war die Verschleierung der Klassenbeziehungen. Standen in der BRD in den 50er Jahren die Löhne an vorletzter Stelle, so stiegen sie in den 60er Jahren in die europäische Spitzengruppe auf. Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie verstanden es, diesen Aufstieg ohne große Massenausinandersetzungen zu verwirklichen. Das zeigen die grossen Profite, die die deutsche Bourgeoisie in all diesen Jahren einheimen konnte. Aber Ende der sechziger Jahre ist auch in der BRD die nach 1953 absteigende Linie der Klassenkämpfe zum Abschluß gekommen; es zeigten sich die ersten Konturen einer Radikalisierung und Politisierung, die sich in den Studentendemonstrationen, dem Aufbegehren der Lehrlinge und Schüler und den wilden Streiks von 1969 manifestierten. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte besannen sich in den Septemberstreiks 80.000 Stahlarbeiter und Bergleute, ohne von ihrer Gewerkschaft aufgefordert zu sein, auf die eigene Kraft und setzten in ihren Aktionen erhebliche Lohnforderungen durch. Darüberhinaus zwingen sie Gewerkschaft und Unternehmer zu vorzeitigen Tarifverhandlungen und höheren Abschlüssen.

Diese Streiks demonstrierten, daß die Arbeiterklasse, respektive wichtige Teile von ihr, aus dem unzulänglichen Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie und der profitgie-

rigen Praxis der Unternehmer ihre Lehren gezogen hatten. Sie waren Vorläufer der Bewegungen und Streiks der Metall- und Chemiearbeiter in den Jahren 1970/71.

In den Kämpfen dieser Jahre übernahmen erstmalig in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Arbeiter Kampfformen der revolutionären Studentenbewegung.

Bei all diesen Aktionen hat die deutsche Sektion der IV. Internationale in ihren Publikationen alternative Tagesparolen mit der Propaganda von Übergangsforderungen verbunden und damit, wenn auch nur in begrenztem Umfang, erreicht, daß der Tarifkampf politisiert wurde. Zum ersten Male in Nachkriegsdeutschland wurden durch diese Initiative Übergangsforderungen und -lösungen in größerem Ausmaß in den Betrieben und in den Gewerkschaften diskutiert.

In ihrer gesamten Aktivität hat sich die Sektion der IV. Internationale immer von einem strategischen Hauptziel leiten lassen: der Herausbildung einer neuen politischen Führung der Arbeiterklasse.

In der politischen Resolution der nationalen Konferenz 1970 der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), Sektion der IV. Internationale, wird diese Aufgabe wie folgt umrissen:

"Die strategische Hauptaufgabe der GIM bleibt nach wie vor die Herausbildung einer revolutionären Klassenpartei, die tatsächlich von den Massen oder zumindest von den fortgeschrittenen Teilen der Massen als ihre wirkliche Führung anerkannt wird. Diese Aufgabe kann nicht gelöst werden, ohne früher oder später die Masse der deutschen Arbeiter von dem reformistisch-sozialdemokratischen Einfluß, dem sie durch die DGB- und SPD-Führung unterliegt, zu befreien. Dies wiederum wird ohne Zweifel zu scharfen Auseinandersetzungen in diesen Organisationen führen. Aber bei dem gegenwärtigen Stand des politischen Klassenbewußtseins der breiten Arbeitermassen und der gegebenen Schwäche der GIM, ist für eine absehbare Zukunft nicht damit zu rechnen, daß sich dieser Prozeß mit der nötigen Zielklarheit entfaltet und daß der bestehende revolutionäre Kern einen bedeutenden Einfluß darauf ausüben könnte..."



